J-A-1 Arbeits- und Sozialpolitik als Schwerpunkt im Bundestagswahlkampf

Antragsteller*in: Jakob Gatz (KV Gotha Thüringen)
Tagesordnungspunkt: 0.J-A Kampagnenantrag (entfällt)
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Nach den Ostwahlen ist klar, die soziale Frage muss wieder mehr in den Mittelpunkt unserer Kommunikation rücken. Dafür sollte die Grüne Jugend folgende Forderungen in Ihrer Bundestagswahl Kampagne aufstellen:

Seit 2 1/2 Jahren erleben wir eine starke Inflation, die das Leben für uns teuer macht. Besonders hart trifft es Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen, wie Alleinerziehende, Geringverdienende, vor allem aber junge Menschen, die mit wenig Geld im Studium das Barfög, wie auch das Azubi Gehalt, ihren Lebensunterhalt finanzieren müssen. Daher fordern wir als Grüne Jugend endlich das Klimageld, sowie eine steuerliche Entlastung für die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und unseren Wohlstand hart erarbeiten.

Bei der Rente sieht es noch viel kritischer aus. Dabei steht die Frage im Raum, ob wir jungen Menschen bis 70 arbeiten müssen. Gleichzeitig werden die Beiträge der Rentenversicherung, aber auch die der anderen Sozialversicherungen , auf Grund der Demographie, immer größer, die wiederum das Nettoeinkommen immer mehr auffrisst. Die Grüne Jugend fordert daher, dass die Rente älter als 67 ausgeschlossen ist, das alle Menschen gleichermaßen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, das Rentenniveau bei 80% zum letzten Bruttogehalt liegt und ein Moratorium von fünf Jahren bei der Erhöhung der Beiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen.

Da dies viele junge Menschen bewegt sollte die Grüne Jugend dies zum zentralen Wahlkampfthema im Bundestagswahlkampf machen.

Begründung

Ich kenne viele junge Menschen in meinem Freundeskreis, die Probleme hatten, mit ihren Arubigehalt oder dem Barfög ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Auch bei denen, die schon voll im Beruf tätig sind. Im Landtagswahlkampf in Thüringen ist mir das sehr häufig begegnet. Viele Freunde sind an mich herangetreten und meinten zu mir, die Grüne Jugend zeige hier zu wenig Flagge. Sie haben das Gefühl, wir als linker Jugendverband seien nicht mehr als Anwälte für hart arbeitende Menschen mit kleinen und mittleren

Einkommen nicht wahrnehmbar. Das Gleiche gilt für das Thema Rente, während Teile der Union die Rente mit 70 wollen und die AfD die gesetzliche Rentenversicherung komplett abschaffen will, kommt von uns nicht mal die Ansage, dass wir zu einer sicheren gesetzlichen Rente mit der Schmerzgrenze von 65 Jahren stehen. Viele junge Menschen in meinem Freundeskreis haben sehr viel Angst davor, dass sie im Alter keine sichere Rente haben. Das muss sich ändern, wenn wir bei jungen Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen im Bundestagswahlkampf punkten wollen. Das muss die Lehre aus den Ostwahlen sein, wo viele junge Menschen dann leider zur AfD gegangen sind, obwohl die Grünen bei jungen Menschen noch vor 3 Jahren die Mehrheit hatten.